

Giorgos Kallis, Susan Paulson, Giacomo D'Alisa und
Federico Demaria

GEGEN WACHSTUM!

Degrowth: Argumente und Strategien

aus dem Englischen übersetzt von
Max Henninger

mandelbaum *verlag*

translated from Giorgos Kallis, Susan Paulson, Giacomo D'Alisa,
Federico Demaria, 1st edition, The Case for Degrowth, Polity Press 2020

© Giorgos Kallis, Susan Paulson, Giacomo D'Alisa and
Federico Demaria 2020

This edition is published by arrangement with Polity Press Ltd., Cambridge

mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978385476-935-4

© mandelbaum verlag, wien • berlin 2022
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: ELVIRA GROSS

Satz: BERNHARD AMANSHAUSER

Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Druck: PRIMERATE, Budapest

Inhalt

FRANK ADLOFF

- 7 Es ist Zeit für Degrowth!

- 18 Vorwort

- 25 Danksagung

- 29 Ein Plädoyer für Degrowth

- 47 Opfer des Wachstums

- 64 Änderungen vor Ort

- 80 Bahnbrechende Reformen

- 97 Mobilisierungsstrategien

- 115 Häufig gestellte Fragen

Es ist Zeit für Degrowth!

Über eine verrückte, aber notwendige Idee

Dass es so nicht weitergehen kann, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche Versorgungslücken im Gesundheitssystem bestehen, wie gesellschaftlich dringend benötigte Arbeit nur unzureichend entlohnt wird, wie in Zeiten der Krise die gesellschaftliche Polarisierung wächst. Wir wissen, dass wir uns am Beginn einer Klimakatastrophe befinden und in einem Zeitalter des Massenaussterbens von Arten von Pflanzen und Tieren leben. Soziale Ungleichheiten sind prävalent, und wir befinden uns in einem Hamsterrad zunehmender Beschleunigung. Und schließlich droht mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine neue bi- oder multipolare Weltordnung, die den Wunsch nach globaler Kooperation naiv erscheinen lässt und die Welt zudem in eine Energie- und Nahrungsmittelkrise stürzt. In dieser multiplen Krisensituation eine positive und reale Utopie zu entwickeln, fällt sehr schwer, und dennoch ist nichts dringender gefragt.

Im öffentlichen Fokus stehen dagegen zumeist „realpolitische“ Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung, zum Ausgleich von sozialen Lasten oder zur Eindämmung der durch den Krieg hervorgerufenen Energiekrise. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet überwiegen Forderungen nach einer ökologischen Modernisierung, etwa in Form eines Green (New) Deal. Grüne Stimuli sollen „die Grundlage für langfristige Innovationen und eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung“ schaffen, die Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander verknüpft und versöhnt.¹ Diese

1 Mats Kröger et al., „Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können“, in: DIW aktuell 39, Berlin 2020, https://www.diw.de/de/diw_01.c.786330.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0039/green_new_

ökologische Modernisierung soll auf der bestehenden Institutionenordnung aufbauen, um Gesellschaften nachhaltiger zu machen: Individualismus, liberale Demokratie und kapitalistische Marktwirtschaft sollen erhalten bleiben, aber an die veränderten ökologischen Grenzen angepasst werden. Anhänger:innen eines „grünen Kapitalismus“ sind der Ansicht, dass der technische Fortschritt zukünftig eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch ermöglichen wird. In Deutschland ist eine solche Position breiter Konsens und wird paradigmatisch von der FDP vertreten, die dementsprechend auf Markt und Innovation setzt und staatliche Regulierungen weitgehend ablehnt.

Vertreter:innen von Ansätzen hingegen, die auf eine große gesellschaftliche Transformation abzielen, lehnen eine solche Modernisierungsstrategie aus empirischen Gründen strikt ab. Die Postwachstumstheoretiker Jason Hickel und Giorgos Kallis zeigen in einer Studie, dass es historisch bisher nicht möglich war, den Ressourcenverbrauch global vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln.² Selbst wenn eine Abkopplung Schritt für Schritt gelingen würde, wäre sie absolut gesehen nicht in der Lage, die Einhaltung des 1,5- oder 2-Grad-Ziels zu bewirken. Daher sei Wirtschaftswachstum gesellschaftspolitisch ein falsches politisches Ziel. Dennoch ist das Wachstum fest in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft als Leitidee verankert. So gehen auch alle Szenarien des Weltklimarats (IPPC) von einem Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahrzehnten aus. Erst jüngst, im Frühjahr 2022, formulierte der IPPC die Forderung, dass zur CO₂-Reduktion ein Rückgang in der Konsumnachfrage notwendig sei.

Vertreter:innen einer transformatorischen Perspektive geht es um einen fundamentalen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft: um Wachstumsrücknahme in Produktion und Konsum sowie um eine gerechtere und egalitäre Sozialordnung, die den Zwang zum ökonomischen Wachstum überwindet und darüber hinaus

deal_nach_corona__was_wir_aus_der_finanzkrise_lernen_koennen.html (19.8.2022).

- 2 Jason Hickel/Giorgos Kallis, „Is Green Growth Possible?“, in: *New Political Economy* 25:4, 2020, S. 469–486.

die Natur nicht länger beherrscht und ausbeutet. Degrowth stellt eine heterodoxe Leitidee für eine anvisierte große Transformation dar: Gesellschaften sollten wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch auf Postwachstum setzen, um den bestehenden Herausforderungen zu begegnen.

Im Zuge der Coronakrise hat diese Perspektive eine größere Resonanz erfahren, da die Lockdowns in Europa die Frage aufgeworfen haben, ob der von Degrowth-Theoretiker:innen und -Aktivist:innen geforderte Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft mit ähnlich einschneidenden Maßnahmen verbunden sei. Im Lockdown einen Vorgeschmack auf das Leben im Postwachstumszeitalter sehen zu wollen, ist aus einer Postwachstumsperspektive allerdings falsch. Geplantes Degrowth ereignet sich nicht als krisenhafter Wirtschaftseinbruch, sondern beruht auf langfristiger Planung und einer schrittweisen Transformation der Wachstums- in eine Postwachstumsgesellschaft. Es müsste nach und nach ein alternatives Wirtschaftssystem aufgebaut werden, das resilienter gegenüber Schocks und Krisen ist: Gefordert werden in diesem Zusammenhang eine Relokalisierung wirtschaftlicher Kreisläufe, die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, gemeinschaftsbasierte ökonomische Aktivitäten sowie eine Überwindung der industriellen Landwirtschaft.

Am 13. Mai 2020 erschien in mehreren Ländern ein offener Brief mit dem Titel „Neue Wurzeln für die Wirtschaft“, der von über 1.100 Expert:innen und mehr als 70 Organisationen unterzeichnet war und eine Degrowth-Strategie als Weg aus der Coronakrise entwarf. Gesellschaft, Ökonomie und Politik sollen – so die Forderung – sich unabhängig vom Wirtschaftswachstum machen. In einer gerechten Postwachstumsgesellschaft könne man die Wirtschaft für Monate runterfahren, ohne zwangsläufig die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen aufs Spiel zu setzen.³ Selbst in der Wochenzeitung *Die Zeit* (vom 8. Juli 2020) wurde im Zuge der Coronakrise über die Frage diskutiert,

3 Arbeitsgruppe Degrowth: New Roots, „Degrowth: Neue Wurzeln für die Wirtschaft“, 13.5.2020, <https://kontrast.at/degrowth-bewegung-einfach-erklart/> (19.8.2022).

wie eine Wirtschaft ohne Wachstum aussähe. Dabei betonten erstaunlicherweise die befragten Expert:innen, dass moderne Ökonomien auch schrumpfen oder sich in einem stabilen Zustand (*steady state*) einpendeln könnten, ohne dass dies zu verheerenden Konsequenzen führe. Selbst der angesehene US-amerikanische Ökonom Robert Solow, der 1987 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Forschung zum Thema Wirtschaftswachstum erhielt, sieht die Probleme nur beim Übergang von einer Wachstums- in eine Postwachstumsökonomie und nicht im Postwachstum selbst. Ein Zeichen, dass ein moderater Postwachstumsdiskurs mittlerweile in der links-liberalen Mitte Deutschlands angekommen ist.

Möglicherweise findet tatsächlich ein vorsichtiges Umdenken in Kreisen statt, die bisher orthodox am Prinzip des Wirtschaftswachstums festgehalten haben: Im Juli 2022 veröffentlichte die Stiftung Weltwirtschaftsforum, Ausrichter der gleichnamigen jährlichen Konferenz in Davos, einen kleinen Bericht über Degrowth, der fragt: „Why does Degrowth matter?“. Degrowth wird dabei keinesfalls als abwegig dargestellt, sondern als reale Möglichkeit, den Durchsatz von Energie und Ressourcen zu reduzieren.⁴

Vor dem Hintergrund anhaltender politischer Schwierigkeiten, den enormen Ressourcenverbrauch und die Emissionen kapitalistischer Ökonomien verbindlich einzuschränken, wird in heterodoxen Kreisen schon länger darüber debattiert, wie eine nicht wachstumsbasierte Wirtschafts- und Sozialordnung aussehen könnte.⁵ Debatten um eine Postwachstumsgesellschaft kreisen insbesondere um die Begriffe „degrowth“ und „décroissance“.⁶ Der französische Begriff der *décroissance* wurde im Jahr 1972 von André Gorz geprägt, um auf die Notwendigkeit einer Wachstumsrück-

4 Victoria Masterson, „Degrowth – what’s behind the economic theory and why does it matter right now?“, <https://www.weforum.org/agenda/2022/06/what-is-degrowth-economics-climate-change/> (19.8.2022).

5 Vgl. Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum*. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, übers. von Eva Leipprand, München 2011. Barbara Muraca, *Gut leben*. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014.

6 Für einen Überblick: Matthias Schmelzer/Andrea Vetter, *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*, Hamburg 2019.

nahme für das ökologische Gleichgewicht der Erde hinzuweisen. Die von Gorz eröffnete Auseinandersetzung um eine neue politische Ökologie geriet jedoch für viele Jahre in Vergessenheit, bevor vor rund zwanzig Jahren eine neue Diskussion hierüber begann. Diesmal entzündete sich die Kritik am Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“. Insbesondere der französische Ökonom und Philosoph Serge Latouche argumentierte mit dem Konzept der *décroissance* gegen die hegemoniale Vorstellung, dass es nur den einen westlichen Entwicklungspfad gebe und dieser zwangsläufig auf der Wachstumslogik eines immer größeren Ressourcenverbrauchs und Güterkonsums beruhen müsse.⁷ Der Degrowth-Ansatz versteht sich daher auch als Alternative zum Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“, das Entwicklung, Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen soll und auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 in Rio de Janeiro von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt wurde.

Ausgehend von Frankreich, dann auch von Spanien und Italien, entstand aus dem Begriff der *décroissance* eine fundamentale Kritik der Wachstumsidee und damit auch des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Giorgos Kallis, Federico Demaria und Giacomo D’Alisa schreiben in einem zentralen, von ihnen herausgegebenen Handbuch, dass *décroissance* vor allem „eine Dekolonialisierung der öffentlichen Debatte vom Idiom des Ökonomismus und die Abkehr von Wirtschaftswachstum als einem gesellschaftlichen Ziel“ verlange.⁸ Giorgos Kallis, Susan Paulson, Giacomo D’Alisa und Federico Demaria geht es im vorliegenden Band *Gegen Wachstum!* um Alternativen zur Wachstumsideologie, die sich etwa in Praktiken des Teilens oder Ansätzen wie Commons und Care ausdrücken. Sie nehmen dabei ganz unterschiedliche Dimensionen in

7 Vgl. Serge Latouche, *Es reicht!* Abrechnung mit dem Wachstumswahn, übers. von Barbara Reitz u. Thomas Wollermann, München 2015. Siehe dazu auch Alberto Acosta, „Vom guten Leben. Der Ausweg aus der Entwicklungsideologie“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.), *Mehr geht nicht!* Der Postwachstums-Reader, Berlin 2015, S. 191–197.

8 Giorgos Kallis/Federico Demaria/Giacomo D’Alisa, „Introduction: Degrowth“, in: dies. (Hg.), *Degrowth*, S. 1–16, hier: S. 3 (meine Übersetzung, F. A.).

den Blick: den CO₂-Ausstoß, eine Kritik des BIP als Kennziffer, Wachstums- und Beschleunigungskritik, Kapitalismuskritik, Kritik der geschlechtsbezogenen Arbeitsteilung, Kritik an Entfremdung von Arbeit und Natur, Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung oder nach einem Grundeinkommen, Kritik der Ausbeutung des globalen Südens, Kritik westlicher Modernisierungsvorstellungen. Angestrebt wird eine Gesellschaft, die nicht Wachstum als Selbstzweck verfolgt, sondern eine Gesellschaft, die sich autonom Ziele setzen kann und sich auch in Freiheit zu begrenzen vermag. Eine Gesellschaft also, die nicht von vorgeblichen ökonomischen Sachzwängen regiert wird und die die westliche Hybris überwindet, die Natur beherrschen zu wollen. In einem Wort: eine konviviale Postwachstumsgesellschaft.⁹

Dabei gibt es auch unter globalen kapitalistischen Bedingungen bereits viele wegweisende nicht- und postkapitalistische Praktiken des Wirtschaftens, wie *Gegen Wachstum!* in aller Deutlichkeit zeigt. Diese werden jedoch sowohl von neoklassischen Ökonom:innen als auch von marxistischen Linken übersehen oder nicht ernst genug genommen. Diese Ignoranz erschwert die intellektuelle und praktische Suche nach nichtkapitalistischen Alternativen des Zusammenlebens. Wenn man die Ökonomie als durch und durch kapitalistisch auffasst, übersieht man die nichtkapitalistischen Praktiken des Wirtschaftens und trägt zur politischen Entmutigung postkapitalistischer Initiativen bei. Die Ökonomie ist niemals komplett identisch mit kapitalistischer Warenökonomie, auch wenn nicht- oder postkapitalistische Praktiken häufig unsichtbar gemacht oder gar geleugnet werden.¹⁰

Die größte Herausforderung für die Realutopie einer konvivialen Postwachstumsgesellschaft besteht jedoch in dem Problem, wie sich die Abkehr vom Wirtschaftswachstum mit der Notwendigkeit verbinden lässt, soziale Ungleichheiten zu bekämpfen. Denn wenn der Kuchen des materiellen Wohlstands schrumpft und nicht

9 Vgl. Die konvivialistische Internationale, Das zweite konvivialistische Manifest. Für eine post-neoliberale Welt, übers. von Michael Halfbrodt, Bielefeld 2020.

10 Vgl. Frank Adloff, *Politik der Gabe*. Für ein anderes Zusammenleben. Hamburg 2018.

mehr wächst, müssen aus einer Degrowth-Perspektive wohlhabende und reiche Einkommens- und Vermögensgruppen viel stärker zur Kasse gebeten werden. Degrowth ist also vor allem auch ein soziales Umstrukturierungs- und ökonomisches Umverteilungsprojekt, wenn versucht wird, die Macht des ökonomischen Wachstumszwangs zurückzudrängen. Gesellschaftlich wertvolle Güter wie soziale Sicherheit und Bildung sollten unabhängig vom Wirtschaftswachstum bereitgestellt werden können. Konkret bedeutet das, die Abhängigkeit der Bürger:innen von Wachstum, Unternehmen und Märkten zu lösen.¹¹ Dazu braucht es einen ausgebauten, gut funktionierenden öffentlichen Sektor sowie neue Formen der Kooperation zwischen Unternehmen, der öffentlichen Hand und dem zivilgesellschaftlichen beziehungsweise dem Nonprofit-Sektor. Gemeingüter sollten nicht privatisiert, sondern erhalten und neu geschaffen werden, Genossenschaften gelte es zu fördern oder regionale Komplementärwährungen zu unterstützen. Konsumgüter bräuchten eine längere Haltbarkeit, Mobilität sollte auch ohne Individualverkehr möglich sein, und die Abhängigkeit nicht nur von Märkten und Unternehmen, sondern auch vom Geld müsste durch Formen nicht-monetären Austauschs verringert werden. Und schließlich bräuchte es ein radikal verändertes Verständnis von Unternehmen: So setzt sich beispielsweise die Gemeinwohlökonomie¹² dafür ein, dass Unternehmen nicht nur rentabel arbeiten, sondern auch gemeinwohlorientiert agieren. Ähnliche Ziele verfolgen auch Ansätze wie die solidarische Ökonomie, die solidarische Landwirtschaft, der Konvivialismus, die Share Economy, die Commons und die Gemeinwesenökonomie. Hinzu kommen neue Formen der internetbasierten offenen Ökonomie wie Peer-to-Peer-Netzwerke, Wikipedia, Linux, Creative Commons etc.

Wie realistisch ein Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft ist, kann derzeit nicht wirklich abgesehen werden. Doch lässt sich die Abkehr vom wachstumsbasierten Wirtschafts- und Lebens-

11 Vgl. Alain Caillé/*Les Convivialistes, Éléments d'une politique convivialiste*, Lormont 2016.

12 Vgl. Christian Felber, *Die Gemeinwohlökonomie*. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien 2012.

modell schwerlich ohne einen radikalen Wandel grundlegender kultureller Orientierungen denken. Dies betonen auch die Autor:innen von *Gegen Wachstum!*. Der Soziologe und Philosoph Hartmut Rosa hat daraus die kulturtheoretische Konsequenz gezogen, dass die für westliche Kulturen charakteristische Verknüpfung von materiellem Wohlstand und Vorstellungen vom guten Leben entkoppelt werden müssen.¹³ Klar ist, dass eine Abkehr vom Wachstumsparadigma eine radikale Infragestellung der bisherigen westlich-modernen Lebensform darstellt und daher ohne einen tiefgreifenden Wandel einer auf die Verfügung über Ressourcen fixierten Kultur und entsprechender Mentalitäten kaum möglich sein wird. Dabei bedarf ein solcher Wandel vieler Trägergruppen, und zwar weit über die jüngeren akademisch gebildeten links-alternativen Mittelschichten hinaus,¹⁴ die schon in der Gegenwart radikal die dominanten Wachstumsimperative infrage stellen. Ansonsten wird Degrowth ein kleines Nischenphänomen bleiben.

Offenkundig setzt die Degrowth-Bewegung auf das Prinzip zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation – im Unterschied etwa zu den staatssozialistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts. Im Unterschied zu den meisten sozialistischen Ideen des 19. und 20. Jahrhunderts trägt das Konzept von Degrowth Keime einer tragfähigen postkapitalistischen Vision in sich. Denn es werden die gravierendsten Fehler der in der Industriegesellschaft des 19. Jahrhunderts verwurzelten sozialistischen Ideen vermieden.¹⁵ Die Gewährung individueller Freiheitsrechte wird erstens nicht zugunsten eines Kollektivs aufgegeben. Zweitens richtet sich Degrowth an alle Gesellschaftsschichten und nicht primär an eine revolutionäre Arbeiterschaft. Und drittens hat man sich sowohl von der Vorstellung eines gesetzmäßigen Fortschritts in der Geschichte

13 Vgl. Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin 2016.

14 Dennis Eversberg, „Erste Ergebnisse der Teilnehmendenbefragung zur Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig. Ein Überblick über Zusammensetzung, Engagement und Alltagspraktiken der Befragten“, Working Paper 1/2015 der DFG-Kollegforschergruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena 2015.

15 Siehe auch Axel Honneth, *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015.

verabschiedet als auch von der Annahme sozioökonomischer Entwicklungsgesetze. Im Gegenteil: Mit der Entwicklungsvorstellung immerwährenden Wachstums wird dezidiert gebrochen und plurale Modelle des guten Lebens werden anvisiert. Diesen drei schwerwiegenden und in der Konsequenz desaströsen Fehleinschätzungen des historischen Sozialismus unterliegen die aktuellen Degrowth-Debatten und -Praktiken also nicht. So stehen sie mit ihrer Suche nach realen Utopien frühsozialistischen und anarchistischen Traditionen näher als dem sogenannten „wissenschaftlichen Marxismus“. Sie setzen eher auf Proudhons *mutualité* und ökonomische Experimente und nicht auf Marx' Analyse vorgeblich objektiver Entwicklungsgesetze oder eine Diktatur des Proletariats.

Zu Recht gehen Kallis, Paulson, D'Alisa und Demaria davon aus, dass es keine Blaupause für eine alternative soziale Ordnung gibt und auch nicht geben sollte. Die von ihnen anvisierten radikal-demokratischen und postkapitalistischen Alternativen setzen vielmehr auf einen sozialen Experimentalismus, der auf freie Assoziation und Kooperation setzt. Neue Welten werden nicht nur imaginiert, sondern im Vorgriff auf eine mögliche Zukunft schon in der Gegenwart in der Zivilgesellschaft realisiert.

Die Coronakrise wie auch die gegenwärtige geopolitische Energiekrise haben uns auch deutlich vor Augen geführt, wie interdependent die heutige globalisierte Welt ist. Für die Wirtschaft stellt sich damit fast notwendigerweise die Frage, wie sie krisenfester gestaltet werden kann, wie sie möglicherweise vom Wachstumszwang befreit, wie sie regionaler, demokratischer und gemeinwohlorientierter werden kann. Resilienz gegenüber externen wirtschaftlichen Schocks wird sich sicherlich nur über ein Zurückdrängen von Prozessen der Kommodifizierung und Vermarktlichung erreichen lassen.¹⁶ Die französischen Kollapsologen Pablo Servigne und Raphael Stevens haben vor einigen Jahren die

16 Vgl. hierzu etwa das Manifest für ein Wirtschaften nach der Pandemie „Arbeit – demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“, das von über 3.000 Wissenschaftler:innen unterzeichnet wurde. Für eine deutschsprachige Fassung des Manifests siehe *Die Zeit*, 15.5.2020, <https://www.zeit.de/kultur/2020-05/wirtschaften-nach-der-pandemie-demokratie-dekommodifizierung-nachhaltigkeit-manifest> (19.8.2022).

damals noch abwegig erscheinende These vertreten, dass in naher Zukunft mit infrastrukturellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenbrüchen im Zuge der Erderwärmung und des Schwunds an Biodiversität zu rechnen sei.¹⁷ Lebensmittelknappheit, Wassermangel und Dürren, Hochwasser – all dies erleben wir derzeit, nicht allein in Ländern des Globalen Südens, sondern hier in Europa. Nur resiliente Strukturen, die sich unabhängig von der Wachstumslogik der Moderne machen, werden, so könnte man es wagen zu prognostizieren, in der Lage sein, diese Zusammenbrüche gut zu überstehen. Aus diesem Grund könnten die gegenwärtigen Krisen möglicherweise als entgegenkommende Ereignisse für die Degrowth-Bewegung gedeutet werden. Krisen können durchaus fest etablierte Vorstellungswelten und Möglichkeitsräume infrage stellen und alternative Handlungshorizonte eröffnen.

Ob diese Chance genutzt wird, die verrückte Idee von einer Postwachstumsgesellschaft umzusetzen, bleibt abzuwarten. Denn in den kommenden Jahren werden sich viele bestehende Konflikte massiv verschärfen, und neue, sehr wahrscheinlich heftig ausfallende Verteilungskämpfe müssen ausgefochten werden. Dahinter wird aber stets die Frage stehen, wie mit dem westlichen Verteilungs-, Wachstums- und Entwicklungsmodell weiter zu verfahren ist. Solange Mehrausgaben für eine ökologisch nachhaltigere und gerechtere Gesellschaft hauptsächlich von den unteren und mittleren Schichten übernommen werden sollen, sind die Betroffenen nur sehr eingeschränkt für eine radikalere Gesellschaftstransformation zu gewinnen und rücken politisch gegebenenfalls weiter nach rechts. Für eine radikalere sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ließen sich Mehrheiten nur dann gewinnen, wenn diese Klassen auch materiell durch Umverteilungspolitik von oben nach unten profitieren würden. Die soziale und die ökologische Frage hängen eben aufs Engste miteinander zusammen.¹⁸

17 Siehe Pablo Servigne/Raphael Stevens, *Wie alles zusammenbrechen kann*. Handbuch der Kollapsologie, Wien 2022 (französisches Original: 2015).

18 Vgl. Frank Adloff/Sérgio Costa, „Konvivialismus 2.0. Ein Nachwort“, in: Die konvivialistische Internationale, *Das zweite konvivialistische Manifest*. Für eine post-neoliberale Welt, übers. von Michael Halfbrodt, Bielefeld 2020, S. 119–144.

Ob sich die in der Gegenwart angelegten konvivialen Postwachstum-zukünfte durchsetzen werden, ist noch offen – umso mehr sei *Gegen Wachstum!* eine breite, interessierte und rege Leser:in-nenschaft gewünscht.

Vorwort

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches, im April 2020, hat die Weltgesundheitsorganisation eine COVID-19-Pandemie ausgerufen. Wir schreiben diese Zeilen unter Quarantäne in unseren Häusern in Barcelona und Florida. Wir sind keine Prophet*innen und können daher nicht vorhersagen, wie sich die Gesundheits- und Wirtschaftskrisen entwickelt haben werden, wenn Sie dieses Buch lesen. Eines wissen wir jedoch: Die Argumente für Degrowth werden so aktuell bleiben wie eh und je.

Wir argumentieren, dass das gegenwärtige ökologische Ungleichgewicht und eine Reihe sozialer Missstände auf das unerbittliche Streben nach Wachstum zurückzuführen sind. Es wäre naiv zu behaupten, die Pandemie sei ein Beweis für die Grenzen des Wachstums, eine messianische Abrechnung mit unserer nicht nachhaltigen Lebensweise. Epidemien hat es in der Vergangenheit bereits gegeben, und es wird sie auch in Zukunft geben. Doch Tempo und Ausmaß des Infektionsgeschehens sind eindeutig auf die Verflechtungen der beschleunigten globalen Wirtschaft zurückzuführen, wie die Verbreitung über Flugzeuge und Schiffe zeigt. Die zunehmende Leichtigkeit, mit der Viren von Tieren auf Menschen übergehen, ist bedingt durch die Ausdehnung industrieller Agrarsysteme, das Eindringen des Menschen in tierische Lebensräume und die Kommerzialisierung von Wildtieren – allesamt integraler Bestandteil der derzeitigen Wachstumswirtschaft.

Dass einige Politiker*innen es versäumt haben, rasch zu reagieren und ihre Bevölkerung zu schützen, kann ebenso wie das Drängen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, noch bevor die Pandemie vorbei ist, im Zusammenhang mit den anhaltenden Wachstumsbestrebungen verstanden werden, die in diesem Buch untersucht werden. Ein gefährlicher Aspekt solcher Bestrebungen ist die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Ratschläge. In den letzten Jahrzehnten haben die Leugner*innen des Klimawandels in einem Teil der Öffentlichkeit den Glauben an die Wissenschaft